

Tiefbahnhof statt Tiefsteuer

Von Christoph Fellmann
(Willisauer Bote, Juni 2018)

Die Luzerner Regierung nennt es eine «Feinjustierung», aber man könnte auch von einer Rückkehr zur Vernunft reden: Auf 2020 sollen in Luzern unter anderem die Gewinnsteuern für Firmen steigen. Die Tiefsteuerstrategie wird damit leicht korrigiert, und die Steuerausfälle der letzten Jahre sollen nicht mehr nur durch Abbaumassnahmen ausgeglichen werden, sondern auch durch mehr Einnahmen. So weit, so gut.

Natürlich aber löste die «Feinjustierung» sofort die übliche Fundamentalopposition aus. FDP, SVP und der Gewerbeverband kritisierten den Plan der Regierung und wiesen darauf hin, dass Luzern damit seinen schweizweiten Spitzenplatz bei den Unternehmenssteuern verliere und im Vergleich mit den anderen Kantonen auf Platz acht abrutsche. Nachdem die Regierung ihre Massnahmen vorgestellt hatte, legte sich namentlich der Luzerner Gewerbeverband ins Zeug und kritisierte die Steuererhöhung: Sie stehe «diametral» zur «erfolgreichen» Steuerstrategie. Und nur fünf Tage nach der Ankündigung der Regierung präsentierte der Verband eine «Studie» zum «Zustand der Luzerner Wirtschaft». In den Jahren der Tiefsteuerstrategie sei im Kanton nicht nur das Bruttoinlandprodukt (also die Wirtschaftsleistung) gestiegen, sondern auch die Zahl der Firmen und der Stellen - und zwar stärker als in fünf Vergleichskantonen.

Wie ein Blick ins statistische Jahrbuch bestätigt, stimmen diese Aussagen. Nur: Der Vergleich mit anderen Kantonen sagt zwar etwas aus über die wachsende Wirtschaftskraft des Kantons Luzern, aber noch nichts darüber, ob die Tiefsteuerstrategie dafür die treibende Kraft ist. Um dies zu überprüfen, hätte der Gewerbeverband die wirtschaftliche Entwicklung in Luzern nach 2012 (dem ersten Tiefsteuerjahr) mit jener in den Jahren zuvor vergleichen müssen. Er hat es wohlweislich nicht getan. Denn dieser Vergleich zeigt, dass die tiefen Unternehmenssteuern keine signifikante Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons Luzern hatten.

Bruttoinlandprodukt: Die Wirtschaftsleistung wuchs in Luzern schon von 2008 bis 2011 und trotz der Finanzkrise um 6,4 Prozent. Von 2012 bis 2015 waren es 6,7 Prozent.

Aussenhandel: Die Exporte aus dem Kanton Luzern wuchsen von 2012 bis 2016 um 7,1 Prozent, das nach einem massiven Einbruch im Zuge der Finanzkrise. In den fünf Jahren vor der Krise, von 2003 bis 2007, waren die Exporte aber um 43,4 Prozent gewachsen.

Arbeitslosigkeit: Sie betrug 2007 genau 2,1 Prozent. Mit der Finanzkrise wuchs sie auf 2,9 und sank bis 2016 wieder auf 2,1 Prozent.

Arbeitsplätze: Nach der Einführung der Tiefsteuerstrategie entstanden im Kanton bis 2014 genau 8521 Vollzeitstellen. Deren Zahl wuchs damit von 2011 bis 2014 um 4,8 Prozent. Von 2008 bis 2011 betrug das Wachstum trotz der Finanzkrise auch 4,7 Prozent. In den Jahren zuvor, von 2005 bis 2008, waren es sogar 6,3 Prozent.

Zahl der Unternehmen: 2005 waren in Luzern genau 17957 Firmen im Handelsregister eingetragen, 9,5 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. 2010 war die Zahl erneut um 12 Prozent gewachsen. In der Tiefsteuerära beschleunigte sich das Wachstum tatsächlich: von 2010 bis 2015 stieg die Zahl der Unternehmen um 25 Prozent.

Zusammengefasst, haben die tiefen Steuern also die Ansiedlung von Firmen beschleunigt, sonst nichts. Eine bemerkbare Auswirkung auf die Zahl der Arbeitsplätze, auf die Wirtschaftsleistung oder auf die Arbeitslosigkeit hatten diese zusätzlichen Firmen nicht. Die Erklärung für das Phänomen ist, dass die tiefen Steuern vor allem Briefkastenfirmen anlockten. 2013 beispielsweise kamen 724 solche «Unternehmen» nach Luzern (und bescherten nicht zuletzt der Staatsanwaltschaft einen deutlichen höheren Aufwand wegen Wirtschaftsdelikten). Es waren also bereits ansässige Firmen, die all die zusätzlichen Arbeitsplätze schufen, wozu die tiefen Unternehmenssteuern als einer von vielen Faktoren beigetragen haben dürften. Tausende von neuen Stellen entstanden allerdings auch im öffentlichen Sektor, vor allem in der Bildung, im Gesundheits- und Sozialwesen: Es mutet ironisch an, dass der Gewerbeverband mit diesen Jobs für die Tiefsteuerstrategie wirbt.

Die Luzerner Wirtschaft wächst seit den Nullerjahren also kontinuierlich, tiefe Steuern hin oder her (und unterbrochen nur durch die Finanzkrise). Sie tat es vorab in den Zentren und an den Hauptverkehrsachsen von Luzern nach Zug/Zürich und Bern/Basel. Eine zentrale Lage und gute Verkehrsanbindung sind offenbar die effizienteren Treiber der Wirtschaft als rekordtiefe Unternehmenssteuern. Dass der Gewerbeverband beunruhigt ist, scheint also angezeigt. Allerdings sollte es nicht die Luzerner Tiefsteuerstrategie sein, welche die Gewerbler umtreibt, sondern der Luzerner Tiefbahnhof. Dessen Bau wurde vom Bundesamt unlängst bis nach 2035 verschoben. Und kürzlich wurde bekannt, dass Luzern ab Dezember die schnellen Direktzüge an den Flughafen verliert.

Hier sollten die Prioritäten liegen in Luzern - gerade auch für die Parteien, die behaupten, dass sie die Wirtschaft vertreten. Und nicht bei einer Steuerstrategie, die der Volkswirtschaft nichts bringt; die, im Gegenteil, nur den Service public abbaut und damit die Attraktivität des Standorts schwächt.